

Das vom Schriftsteller Ludvík Vaculík verfasste „Manifest der 2000 Worte“ gehört zu den Schlüsseltexten des Prager Frühlings. Veröffentlicht im Juni 1968 in der Zeitschrift „Literární listy“ und drei Tageszeitungen, war der Aufruf nicht unumstritten. Selbst den Reformern in der Kommunistischen Partei galt er zumindest offiziell als unverantwortlich. Unter der Bevölkerung stießen die von 70 Wissenschaftlern, Arbeitern und Künstlern unterzeichneten „Dva tisíce slov“ dagegen auf viel Zustimmung. Hier das Manifest auf Deutsch in leicht gekürzter Form.

MANIFEST DER 2000 WORTE

Zweitausend Worte gewidmet den Arbeitern, Bauern, Angestellten, Wissenschaftlern, Künstlern und allen

Von Ludvík Vaculík u.a.

Erst bedrohte der Krieg das Leben unserer Nation. Dann kamen weitere schlechte Zeiten mit Ereignissen, die ihre seelische Gesundheit und ihren Charakter bedrohten. Mit Hoffnungen hatte die Mehrheit der Nation das Programm des Sozialismus angenommen. Dessen Leitung geriet jedoch in die Hände unrechter Leute. Es hätte nicht so sehr geschadet, dass sie nicht genügend staatsmännische Erfahrungen, sachliche Kenntnisse und philosophische Bildung besaßen, wenn sie wenigstens mehr gewöhnliche Weisheit und Anstand gehabt hätten, die Meinung anderer anhören zu können, und ihre schrittweise Ablösung durch Fähigere zugelassen hätten.

Die Kommunistische Partei, die nach dem Krieg das große Vertrauen der Menschen genoss, tauschte dieses Vertrauen allmählich gegen Ämter ein, bis sie alle bekam und nichts anderes mehr hatte. Wir müssen das so sagen, und das wissen auch jene Kommunisten unter uns, deren Enttäuschung über die Ergebnisse ebenso groß ist wie die Enttäuschung der Übrigen. Die fehlerhafte Linie der Führung hat die Partei aus einer politischen Partei und einem von einer Idee durchdrungenen Bund in eine Machtorganisation verwandelt, die große Anziehungskraft auf herrschsüchtige Egoisten gewann, auf neiderfüllte Feiglinge und auf Leute mit schlechtem Gewissen. Ihr Zustrom beeinflusste Charakter wie Verhalten der Partei, die im Inneren nicht so eingerichtet war, dass in ihr ohne beschämende Vorfälle ordentliche Menschen hätten Einfluss gewinnen können, die sie stetig gewandelt hätten, damit sie jederzeit in die moderne Welt passt. Viele Kommunisten bekämpften diesen Verfall, es misslang ihnen jedoch, irgendetwas davon zu verhindern, was geschehen ist.

Die Verhältnisse in der Kommunistischen Partei waren das Modell und die Ursache der gleichen Verhältnisse im Staat. Ihre Verbindung mit dem Staat führte dazu, dass sie den Vorteil des Abstandes von der ausübenden Macht einbüßte. Die Tätigkeit des Staates und der Wirtschaftsorganisationen unterlagen keiner Kritik. Das Parlament verlernte zu beraten, die Regierung zu regieren und die Direktoren zu leiten. Die Wahlen hatten keine Bedeutung, die Gesetze verloren ihr Gewicht. Wir konnten unseren Vertretern in keinem Ausschuss vertrauen, und wenn wir das konnten, ließ sich von ihnen wiederum nichts verlangen, weil sie nichts erreichen konnten. Noch schlimmer war jedoch, dass wir einander persönlich beinahe nicht mehr vertrauen konnten. Die persönliche und kollektive Ehre verfiel. Ehrlich wahrte nicht mehr am längsten, und von irgendeiner Wertung nach der Fähigkeit konnte nicht die Rede sein. Darum verloren die meisten Leute das Interesse für öffentliche Dinge und kümmerten sich nur um sich selbst und ums Geld, wobei zu den schlechten Verhältnissen auch gehört, dass nicht einmal aufs Geld heutzutage Verlass ist. Die Beziehungen zwischen den Menschen verkamen, die Freude an der Arbeit verflüchtigte sich, kurzum, über die Nation brachen Zeiten herein, die ihre seelische Gesundheit und ihren Charakter gefährdeten.

Für den heutigen Zustand sind wir alle verantwortlich, mehr jedoch die Kommunisten unter uns, die Hauptverantwortung aber tragen jene, die Bestandteil oder Instrument der unkontrollierten Macht waren. Es war das die Macht einer eigensinnigen Gruppe, die sich mit Hilfe des Parteiapparates von Prag aus bis in jeden Bezirk und in jede Gemeinde erstreckte. Dieser Apparat entschied, wer was tun und nicht tun durfte, er leitete für die Genossenschaftler die Genossenschaften, für die Arbeiter die Betriebe, für die Bürger die Nationalausschüsse. Keine Organisation, nicht einmal eine kommunistische, gehörte in Wirklichkeit ihren Mitgliedern. Die Hauptschuld und der allergrößte Betrug dieser Herrscher ist, dass sie ihre Willkür für den Willen der Arbeiterschaft ausgaben. Wollten wir diese Vorspiegelung glauben, so müssten wir heute der Arbeiterschaft die Schuld am Niedergang unserer Wirtschaft zusprechen, an den an schuldlosen Menschen verübten Verbrechen, an der Einführung der Zensur, die verhinderte, dass man über all dies schreiben konnte, dann wären die Arbeiter schuld an den Fehlinvestitionen, an den Verlusten des Handels, am Wohnungsmangel. Kein vernünftiger Mensch wird selbstverständlich an eine solche Schuld der Arbeiterschaft glauben. Wir alle wissen, insbesondere jeder Arbeiter, dass die Arbeiterschaft praktisch nichts entschied. Über die Arbeiterfunktionäre ließ jemand anderer abstimmen. Während viele Arbeiter meinten, sie regierten, regierte in ihrem Namen eine eigens erzogene Schicht von Funktionären des Partei- und Staatsapparates. Diese nahmen faktisch den Platz der gestürzten Klasse ein und wurden selbst zur neuen Obrigkeit. Gerechterweise wollen wir jedoch sagen, dass sich manche von ihnen dieses üble Spiel der Geschichte seit langem vergegenwärtigten. Wir erkennen sie heute daran, dass sie unrecht wiedergutmachen, Fehler berichtigen, die Entscheidungsgewalt der Mitgliedschaft und den Bürgern zurückerstatten, die Vollmacht und den zahlenmäßigen Stand des Beamtenapparates einschränken. Mit uns wenden sie sich gegen rückständige Ansichten innerhalb der Parteimitgliedschaft. Aber ein großer Teil der Funktionäre sträubt sich gegen Veränderungen und hat noch immer Gewicht! Noch immer hält er Machtmittel in den Händen, insbesondere in den Bezirken und Gemeinden, wo er sie insgeheim und unbelangbar anwenden kann.

Seit Beginn des Jahres befinden wir uns im Erneuerungsprozess der Demokratisierung. Er hat in der Kommunistischen Partei begonnen. Wir müssen das sagen, und das wissen auch die Nichtkommunisten unter uns, die von dort nichts Gutes mehr erwartet hatten. Ergänzen muss man allerdings, dass dieser Prozess auch nirgend anderswo beginnen konnte. Konnten doch nur die Kommunisten volle zwanzig Jahre lang eine Art politisches Leben führen, war doch nur die kommunistische Kritik dort, wo die Dinge gemacht wurden, hatte doch nur die Opposition in der Kommunistischen Partei das Vorrecht, mit dem Gegner in Fühlung zu stehen. Darum sind die Initiative und die Bemühungen der demokratischen Kommunisten nur eine Abzahlung auf die Schuld, die die gesamte Partei gegenüber den Nichtkommunisten trägt, die sie in einer keineswegs gleichberechtigten Stellung erhalten hat. Der Kommunistischen Partei gebührt somit Dank, zugestanden werden muss ihr vielleicht werden, dass sie sich ehrlich bemüht, die letzte Gelegenheit wahrzunehmen, um ihre Ehre und die Ehre der Nation zu retten. Der Erneuerungsprozess kommt mit nichts, was allzu neu wäre. Er bringt Gedanken und Themen, von denen viele älter sind als die Irrtümer unseres Sozialismus und andere unter der Oberfläche der sichtbaren Geschehnisse entstanden, die längst hätten ausgesprochen werden sollen, aber unterdrückt wurden. Hegen wir nicht die Illusion, dass diese Gedanken jetzt durch die Kraft der Wahrheit siegen. Über ihren Sieg hat eher die Schwäche der alten Führung entschieden, die offensichtlich erst durch zwanzigjährige Herrschaft ermüden musste, an der sie niemand hinderte. Sichtlich mussten alle fehlerhaften Elemente voll ausreifen, die bereits in den Grundlagen und in der Ideologie dieses Systems verborgen lagen. Überschätzen wir darum nicht die Bedeutung der Kritik aus den Reihen der Schriftsteller und Studenten, Quelle der gesellschaftlichen Veränderungen ist die Wirtschaft. Ein richtiges Wort hat nur dann Bedeutung, wenn es unter Verhältnissen ausgesprochen wird, die schon richtig bearbeitet sind. Richtig bearbeitete Verhältnisse – darunter muss man bei uns leider unsere gesamte Armseligkeit und

den gänzlichen Zerfall des alten Herrschaftssystems verstehen, in dem sich in Ruhe und Frieden Politiker eines gewissen Typs auf unsere Kosten kompromittierten. Die Wahrheit siegt somit nicht, die Wahrheit bleibt einfach übrig, wenn man alles sonstige verschleudert! Darum besteht kein Anlass zu nationalem Siegesjubiläum, nur Grund zu neuer Hoffnung.

Wir wenden uns an Euch in diesem Augenblick der Hoffnung, die jedoch ständig gefährdet ist. Es hat mehrere Monate gedauert, bis viele von uns das Vertrauen gewannen, dass sie frei sprechen können, viele aber glauben das nicht einmal jetzt. Doch wir haben endlich so gesprochen und uns so weit enthüllt, dass wir unsere Absicht, dieses Regime zu vermenschlichen, einzig und allein vollenden müssen. Sonst würden die alten Kräfte grausam Vergeltung üben. Wir wenden uns vor allem an jene, die bisher nur abgewartet haben. Die Zeit, die anbricht, wird für viele Jahre entscheidend sein.

Die Zeit, die anbricht, ist ein Sommer mit Ferien und Urlaub, in dem wir nach altem Brauch Lust haben werden, alles stehen- und liegengelassen. Wetten wir jedoch, dass sich unsere lieben Gegner keine Sommerfrische gönnen werden, sie werden die ihnen verpflichteten Leute mobilisieren und sich schon jetzt ruhige Weihnachtsfeiertage verschaffen wollen! Passen wir darum auf, was geschehen wird, suchen wir es zu verstehen und zu antworten. Geben wir die unmögliche Forderung auf, dass uns stets irgendein Höherer zu den Dingen eine einzige Auslegung und eine einzige einfache Schlussfolgerung liefert. Jeder wird seine Schlussfolgerungen selber ziehen müssen, auf eigene Verantwortung. Gemeinsame übereinstimmende Schlussfolgerungen kann man nur in einer Diskussion ermitteln, zu der man jene Freiheit des Wortes benötigt, die eigentlich unsere einzige demokratische Errungenschaft dieses Jahres ist.

In die nächsten Tage müssen wir jedoch mit eigener Initiative und mit eigenen Entschlüssen gehen.

Vor allem werden wir, falls sie auftauchen sollten, Ansichten entgegentreten, dass es möglich sei, irgendeine demokratische Wiedergeburt ohne die Kommunisten vorzunehmen, gegebenenfalls sogar gegen sie. Das wäre ungerecht, aber auch unvernünftig. Die Kommunisten haben ausgebaute Organisationen, in denen man den fortschrittlichen Flügel unterstützen muss. Sie besitzen erfahrene Funktionäre, sie haben schließlich ständig die entscheidenden Hebel und Drücker in ihren Händen. Vor der Öffentlichkeit steht jedoch ihr Aktionsprogramm, das auch das Programm des ersten Ausgleichs der größten Ungleichheit ist, und niemand anderer hat irgendein ebenso konkretes Programm. Man muss verlangen, dass sie mit ihren örtlichen Aktionsprogrammen in jedem Bezirk und in jeder Gemeinde vor die Öffentlichkeit treten. Hier wird es plötzlich um sehr einfache und schon lange erwartete richtige Taten gehen. Die KPC bereitet sich auf den Parteitag vor, der ein neues Zentralkomitee wählen wird. Fordern wir, dass es ein besseres sei als das jetzige. Wenn die Kommunistische Partei heute sagt, dass sie künftig ihre führende Stellung auf das Vertrauen der Bürger stützen will und nicht auf Gewalt, so lasst uns das glauben, sofern wir den Leuten glauben können, die sie schon jetzt als Delegierte auf die Bezirks- und Kreiskonferenzen entsendet.

In letzter Zeit sind die Leute beunruhigt, der Fortschritt der Demokratisierung könnte zum Stillstand gekommen sein. Dieses Gefühl ist teils eine Ermüdungserscheinung infolge des bewegten Geschehens, teils entspricht es einer Tatsache: Eine Saison voller überraschender Enthüllungen, hoher Demissionen und berauschender Reden von nie da gewesener Kühnheit ist abgelaufen. Das Ringen der Kräfte hat sich jedoch nur einigermaßen verborgen, man kämpft um den Inhalt und Wortlaut von Gesetzen, um den Umfang praktischer Maßnahmen. Außerdem müssen wir den neuen Leuten, den Ministern, Staatsanwälten, Vorsitzenden und Sekretären Zeit zur Arbeit vergönnen. Sie haben ein Anrecht auf diese Zeit, damit sie sich entweder bewähren oder unmöglich machen können. Darüber Hinausgehendes kann man in den

zentralen politischen Organen heute nicht mehr erwarten. Ohnedies haben sie unwillkürlich bewundernswerte Tugenden gezeigt.

Die praktische Qualität der zukünftigen Demokratie hängt jetzt davon ab, was mit den Unternehmen und in den Unternehmen geschehen wird. Bei allen unseren Diskussionen haben uns schließlich die Wirtschaftler in der Hand. Gute Wirtschaftler muss man suchen und durchsetzen. Es ist wahr, dass wir alle im Vergleich mit den entwickelten Ländern schlecht bezahlt sind und manche noch schlechter. Wir können mehr Geld fordern das sich drucken und damit entwerten lässt. Fordern wir jedoch lieber von den Direktoren und Vorsitzenden, dass sie uns darlegen, was und für wie viel Geld sie herstellen wollen, wie viel man verdienen wird, was davon man zur Modernisierung der Produktion anlegen wird und was man verteilen kann. Unter scheinbar langweiligen Überschriften verläuft in den Zeitungen der Widerhall eines überaus harten Kampfes um die Demokratie oder um Futtertröge. In ihn können die Arbeiter als Unternehmer dadurch eingreifen, wenn sie in die Verwaltungen der Unternehmen und in die Werksräte wählen werden. Als Angestellte können sie für sich am besten handeln, wenn sie als ihre Vertreter in die Gewerkschaftsorgane ihre natürlichen Führer wählen, fähige und ehrenhafte Menschen ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit.

Wenn zurzeit von den gegenwärtigen zentralen politischen Organen nicht mehr zu erwarten ist, gilt es mehr in den Bezirken und Gemeinden zu erreichen. Fordern wir den Abgang der Leute, die ihre Macht missbraucht, das öffentliche Eigentum geschädigt, ehrlos oder grausam gehandelt haben. Man muss Methoden ausfindig machen, um sie zum Abgang zu veranlassen. Zum Beispiel: Öffentliche Kritik, Resolutionen, Demonstrationen, demonstrative Arbeitsbrigaden. Spendensammlung für ihren Abgang in den Ruhestand, Streik, Boykott ihrer Türen. Abzulehnen sind jedoch ungesetzliche, unanständige und grobe Methoden, da sie diese zur Beeinflussung Alexander Dubceks ausnützen würden. Unsere Abscheu gegen das Schreiben grober Briefe muss derart allgemein sein, dass man jeden derartigen Brief, den sie noch erhalten werden, als einen Brief betrachten kann, den sie sich selber haben zuschicken lassen. Beleben wir die Tätigkeit der Nationalen Front. Fordern wir öffentliche Sitzungen der Nationalausschüsse. Für Fragen, mit denen niemand etwas zu schaffen haben will, bilden wir eigene Bürgerausschüsse und -kommissionen. Das ist ganz einfach: Ein paar Leute kommen zusammen, wählen ihren Vorsitzenden, führen ordnungsgemäß Protokoll, veröffentlichen ihre Befunde, fordern eine Lösung, lassen sich nicht einschüchtern. Verwandeln wir die Bezirks- und Ortspresse, die meist zu einem amtlichen Sprachrohr degeneriert ist, in eine Tribüne aller positiven politischen Kräfte, fordern wir die Bildung von Redaktionsräten aus Vertretern der Nationalen Front oder gründen wir andere Zeitungen. Bilden wir Ausschüsse zur Verteidigung der Freiheit des Wortes. Organisieren wir bei unseren Versammlungen einen eigenen Ordnungsdienst. Sollten wir Gerüchte hören, so lasst uns sie beglaubigen, entsenden wir Delegationen zu den zuständigen Stellen, veröffentlichen wir unsere Antworten, etwa durch Anschlag am Tor. Unterstützen wir die Sicherheitsorgane, wenn sie wirkliche Straftaten verfolgen, unser Streben geht nicht dahin, Anarchie und einen Zustand allgemeiner Unsicherheit herbeizuführen. Vermeiden wir nachbarlichen Zank, ergehen wir uns nicht in politischen Vermutungen! Enthüllen wir Spitzel!

Die belebte sommerliche Bewegung in der gesamten Republik wird Interesse für die Regelung der staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Tschechen und Slowaken hervorrufen. Wir erachten die Föderalisierung als eine Art und Weise, die nationale Frage zu lösen, ansonsten ist sie nur eine der bedeutsamen Maßnahmen zur Demokratisierung der Verhältnisse. Diese Maßnahme an und für sich muss auch den Slowaken noch kein besseres Leben bringen. Das Regime gesondert in den tschechischen Ländern und gesondert in der Slowakei wird dadurch noch nicht geregelt. Die Herrschaft der parteilichstaatlichen Bürokratie kann weiterbestehen, in der Slowakei sogar um so eher, weil sie gewissermaßen größere Freiheit erkämpft hat.

Große Beunruhigung geht in letzter Zeit von der Möglichkeit aus, dass ausländische Kräfte in unsere Entwicklung eingreifen könnten. Angesichts jeglicher Übermacht können wir einzig und allein anständig auf unserem Standpunkt beharren und mit niemandem Streit vom Zaun brechen. Unserer Regierung können wir zu verstehen geben, dass wir notfalls mit der Waffe hinter ihr stehen werden, solange sie das tun wird, wofür wir ihr unser Mandat geben werden, und unseren Verbündeten können wir versichern, dass wir unsere Bündnis-, Freundschafts- und Wirtschaftsverträge einhalten werden. Unsere gereizten Vorwürfe und unbelegten Verdächtigungen müssen die Stellung unserer Regierung nur erschweren, ohne uns zu helfen. Gleichberechtigte Beziehungen können wir uns ohnehin einzig und allein dadurch sichern, dass wir unsere inneren Zustände qualitativ verbessern und unseren Erneuerungsprozess so weit führen, dass wir durch Wahlen Staatsmänner erwählen, die so viel Standhaftigkeit, Ehre und politisches Können besitzen werden, um solche Beziehungen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Das ist übrigens ein Problem durchweg aller Regierungen sämtlicher kleineren Staaten der Welt!

In diesem Frühling ist von neuem wie nach dem Krieg eine große Chance zu uns zurückgekehrt. Von neuem haben wir die Möglichkeit, unsere gemeinsame Sache in die Hände zu nehmen, die den Arbeitstitel Sozialismus trägt, und ihr eine Gestalt zu verleihen, die unserem einst guten Ruf und der verhältnismäßig guten Meinung entspräche, die wir ursprünglich von uns hatten. Dieser Frühling ist soeben zu Ende gegangen und wird nie wiederkehren. Im Winter werden wir alles erfahren.

Damit endet dieser unser Aufruf an die Arbeiter, Bauern, Angestellten, Künstler, Wissenschaftler, Techniker und an alle. Geschrieben wurde er auf Anregung der Wissenschaftler.